

Saale-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Abend-Ausgabe für Anhalt und Thüringen. Nr. 582 Jahrg. 1915

Bezugspreis: monatlich 111.000.- mit Postgebühren. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Druckerei und unter Hausnummern entgegen.
Halle-Saale
Anzeigenpreis: Die Spalte 14 mm breit mit 10 Spalten. 10.- A. Die Spalte 20 mm breit mit 10 Spalten. 10.- A. Rabatt nach Zeit. Erhaltungssatz 50.- A. A.
Gesamtdirektion Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf 1111. Kurierstr. 11. 10.00
Eigene Zeitungs-Schreibstube. — Druck v. Druck und Otto Diehle, Halle-Saale

Immer neue Konferenzen

Im Januar nach der Kleinen eine große Konferenz in Aussicht — Der Verlauf der Sonntagskonferenz — Verschiedene Auffassungen in Deutschland über die Ergebnislosigkeit

Paris, 12. Dezember.
„Quas“ meldet über London, daß, wenn nach der Wiederannahme der Konferenz am 2. Januar eine Verständigung erfolgt, unmittelbar danach eine umfassende Konferenz mit Einschluß der Kleinen Entente wahrscheinlich in Paris stattfinden werde.

„Quas“ zufolge führte Poincaré am Sonntag nachmittag vor den alliierten Premierministern aus, seit zwei Jahren seien Deutschland ohne Wirkung Erleichterungen auf die Reparationszahlungen gewährt worden. Man müsse also jetzt die Methode ändern und diese keine neue Verschleppung dulden, ohne dafür Schäden zu erziehen.

Die deutschen Vorschläge seien für unzureichend, daß die Kontrolle der Bergwerke und die Verschlagname der Röhre durchgeführt werden müßte, damit die Regierung und die Großindustriellen in Deutschland empfinden, daß die Schuld der Alliierten erschöpfte sei. Eine Verständigung der alliierten Truppen sei hierzu nicht erforderlich.
Bonar Law erklärte, die englische öffentliche Meinung sei einzig in dem Gedanken, daß Zwangsmaßnahmen kein Geld einbringen würden.

Die Belgier stimmten im Prinzip dem französischen Plan zu.
Ruffolini erklärte, ihn beschäftige vor allem die Sicherung der alliierten Gebiete. Angesichts der Entschlossenheit Poincarés erklärte Bonar Law, er müsse seine Ministerkollegen befragen.

Dem Sonderberichterstatter des „Welt Journal“ erklärte eine hochachtbare amerikanische Persönlichkeit, falls eine Verständigung zwischen den Alliierten den Frieden Europas zu garantieren könne, und wenn dann zur Verwirklichung des Friedens mit Deutschland zwei bis drei Milliarden Goldmark festsetzt würden, würde Amerika nicht länger zögern, sie zu liefern.

w. London, 12. Dezember.
Neuer erzählt von belgischer Seite in London, daß man in belgischen Kreisen der Ansicht ist, daß die neue deutsche Note sicher über die Vorschläge hinausgehe, die bisher von Deutschland unterbreitet wurden und daß, wenn sie in anderen Ausdrücken abgefaßt bereits vor drei Monaten übergeben worden wäre, sie die Grundlage für eine Verständigung abgeben hätte. Heute jedoch sei es zu spät. Der Note fehle es an Bestimmtheit besonders mit Bezug auf die automatische Verlängerung des Moratoriums, wenn die Zahlungen für die innere Anleihe regelmäßig erfolglos und mit Bezug auf die Forderung Deutschlands, während der Periode des Moratoriums von allen Zahlungen für Reparationen und andere im Verfallenen Betrag festgesetzten Zahlungen befreit zu werden, was die Zahlungen für das Rheinland auf die besetzten Länder werden würde. In französischen Kreisen sei die Ansicht über die deutsche Note noch kategorischer gewesen. Poincaré erachte die Note als unannehmbar und habe zu seinen Vorgesetzten über

die Befreiung des Ruhrgebietes oder wenigstens der Bezirke Essen und Bochum. Was die Anleihefrage betrifft, so werde von einem Vorstadium Poincarés gesprochen, der sich auf eine Anleihe von 50 Millionen Pfund bezieht, deren eine Hälfte aus den Metallreserven der Reichsbank genommen werden solle, deren andere Hälfte von ausländischen Banken, insbesondere britischen, auf Garantie deutscher Anleihehalter herangezogen werden solle. Das Ergebnis dieser Anleihe würde verwendet werden zu Reparation und Stabilisierung der Mark.

Berlin, 12. Dezember.
Der Abruch der Verhandlungen in London ist laut „A. A.“ das Schlimmste, was werden konnte, eine neue Fortsetzung der nervengereizten Unmöglichkeit, sich über die eigene Zukunft ein Bild zu machen. Nächste Aufgabe der Regierung sei, mit allen Kräften daran zu gehen, bei uns in Inneren in Ordnung zu bringen, was sich in Ordnung bringen lasse. Gehebe das, dann würden wir wenigstens ein gutes politisches Gewissen haben und würden uns nicht wieder dem Vorwurfe aussetzen, wir ließen die Katastrophe mit gezeigter Härte und Besonnenheit bis zum äußersten, daß dem, der sich nicht selbst zu helfen lerne, begrifflich werde und mit Recht niemand helfen wolle.

Im Gegensatz zum „A. A.“ kommt die „Post. Sig.“ zu dem Schluß, daß der Ausgang der Londoner Konferenz in Anbetracht der derzeitigen weltpolitischen Lage und der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Entente das Günstigste sei, was von deutschen Standpunkt aus erwartet werden konnte. Was der Stellung der amtlichen Schlußkommunikation folgend das Blatt, daß die Reparationsvorschläge, wenn sie auch als unheimlich bezeichnet wurden, gewissermaßen ernste sachliche Bedingung gefunden hätten. Es sei zu hoffen, daß die Verhandlungspunkte von deutscher Seite benutzt werde, in weiteren Verhandlungen nichts unberücksichtigt zu lassen, um auf dem Wege einer sachlichen Verständigung die Reparationsfrage, soweit dies durch aktuelle deutsche Politik möglich sei, der so dringlichsten Lösung entgegenzuführen. Auch der „Vorwärts“ spricht diese Hoffnung aus.

In einer gemeinsamen Rundgebung der gesamten deutschen Gewerkschaften gegen den Versailles-Diktat, die im Reichstage stattfand, wurde eine Entschlossenheit angenommen, in der es heißt: Die Vertreter der deutschen Gewerkschaften sehen die Ursache in dem tiefen, stets wachsenden deutschen Elend, in dem auf der abgelehnten alliierten Schuld Deutschlands aufgebauten Versailles-Diktat. Der Friedensvertrag mit seinen unerfüllbaren Forderungen und Lasten müsse revidiert werden.

Im Deutschland die Lebensmöglichkeit wiederzugeben, müssen die Reparationslasten auf ein erträgliches Maß vermindert werden. Die Gewerkschaften sehen noch wie vor bereit, am Wiederaufbau Europas mitzuwirken. Sie fordern die Öffnung der Schermentarchie aller am Kriege beteiligten Länder, und geben den Volksgenossen im besetzten Rheingebiet und im abgegrenzten Ruhrgebiet die Möglichkeit unterbrückerlicher Liebe und Treue. Durch den Anschlag zahlreicher deutscher Volkshände an die Entschlossenheit stelle die Rundgebung einen Protest der ganzen deutschen Bevölkerung gegen das Versailles-Diktat her.

Der Angeklagte hat das Wort

u. Karhoff in Halle.

Herr v. Karhoff, der Abgeordnete der D. D. P. im hiesigen Reichstags im preussischen Landtage, hat am 1. Dezember in Frankfurt a. M. vor Mitgliedern seiner Partei eine Rede gehalten, die ihrem Aufbau nach sehr klar bestimmt hat. Man wollte darin ein weiteres Abweichen von Karhoff's nach Köln — er gehörte einst auch der Deutschnationalen Volkspartei, ebenso wie seine Parteiführerin Frau v. Oetmbach an — ersähen. Die Bestimmung soll so groß gewesen sein, daß selbst seine Entschuldigungsrede hier zu hören, und auch die geistige Verarmung, in der Herr v. Karhoff sprach, schon es zu befehlen. Zwar war der Saal gefüllt, aber von einem sonderlich starken Eindruck an dem Vortrage konnte man nichts merken. Es leitete noch eine ganze Anzahl anderer Reden an, ohne daß der Saal hätte polizeilich gesperrt werden brauchen.

Zu der Verteilungsrede selbst ist zu bemerken, daß sie sich in ihrem Tone von allen Reden gegen die Deutschnationalen Volkspartei, wie sie a. B. seine Fraktionsgenossin Frau von Oetmbach im Reichstags anwesend war, die sich allerdings bemühete, man auch öfters die nötige Ehrlichkeit bei Angelegenheiten, wo sie durchaus angebracht gewesen wäre. Es ist, wie aus den ganzen Ausführungen Herr v. Karhoff's hervorgeht, überhaupt der Hauptgrund seiner Politik, Kompromisspolitik gar treiben, und das ist etwas, was wir zum Vornehmsten machen müssen.

Wenn wir in vielen Punkten seines geistigen Fortschritts mit ihm übereinstimmen, so sind es doch auch kaum weniger Punkte, die uns durchaus angegriffen erscheinen, und bei denen wir seine Stellung sogar infolge seiner Einstellung auf Kompromiss und Ausgleich verziehen, aber nicht gut heißen können.

Wir wollen nur einige Punkte hier herausgreifen. Zunächst die Frage der großen Koalition. Herr v. Karhoff's Reden, daß alle Kreise heute im Prinzip für die große Koalition seien. Das ist zweifellos richtig. Es ist nur der Frage, ob heute schon die Möglichkeit besteht, die Parteien an einer großen Koalition aufzunehmen. Die Führer der D. D. P. sind dieser Ansicht gewesen. Es haben diese Ansicht seit dem Frühjahr 1922, zuerst bei Gelegenheit der Zwangsanleihevorlage, zu verifizieren gesucht, und es ist ihnen in Bremen gelungen, dagegen nicht im Reich. Die D. D. P. hat bei dem Reichstag den Versuch gemacht, mit Hilfe der jetztlichen Grundkräfte, wie a. B. den monarchischen Gedanken, wie sie es nennt, vorläufig zurückzuziehen.

Sie ist sogar noch weitergegangen und hat ihre Unterstützung zu wichtigen Verfassungen gewährt, die nie und nimmer hätten gefaßt werden dürfen, so bei der Verfassung der Weimarer Republik, die Herr v. Karhoff und bei der Annahme der Schußgesetz für die Republik. Was Antwort darauf hat die Sozialdemokratie auf ihrem letzten Parteitag den Gedanken des Kampfes wieder stärker betont. Wir sehen hier zwei Parteien, von denen die eine großen Schritt nach vorne gemacht hat, die andere aber etwas nachzugeben, sondern gerade im Gegenteil das Trennende stärker heraushebt. Was eine solche Politik für die erste Partei enden wird und muß, ist unübersehbar. Nachdrücklich in der Politik ist immer ein Zeichen der Schwäche, die sich zeigt, die sich aber nicht überwinden kann. Herr v. Karhoff's Reden sind gefaßt, um über die Parteimassen, die deshalb auf Schwäche beruht ist, weil wir keine Waffen haben, mit denen wir unter Umständen unseren Forderungen nachdrücken können. Wenn er und seine Parteifreunde nun in der inneren Politik ebenfalls eine Politik der Schwäche treiben, so kann man voraussetzen, nur den Schluß ziehen, daß sie sich der Sozialdemokratie gegenüber ebenfalls waffenlos und machtlos fühlen.

Wir erwähnten oben schon die Rolle, die die Fraktion der D. D. P. in der Frage der Präsidentenwahl und der Schutzgesetz spielte. Im ersten Falle schloß Herr v. Karhoff, es sei besser gewesen, auf einen Wahlkampf zwischen Ebert und Hindenburg zu verzichten und den alten Reichspräsidenten nicht der Möglichkeit einer Niederlage auszuliefern. Das ist eine Behauptung, die von fast allen Voraussetzungen ausbleibt. Der Gegenstand Ebert's war seinerzeit überaus wichtig und hat sich aufgeführt. Es war noch gar nicht sicher, ob Hindenburg als Präzidentenwahlkandidat präferiert werden würde. Es konnte ebenfalls Ebert gewählt werden. Er wäre dann der Kampf gegen Ebert aufgenommen. Ebertwahl hätte zweifellos eine große Anzahl von Stimmen auf sich berechnen können, und es hätte durchaus nicht außer Acht gelassen werden dürfen, daß die deutsche Republik erlangt hätte. Infolgedessen können wir die Haltung der D. D. P. in dieser Frage nicht verstehen und nicht billigen.

Auch bei der Erhaltung der Schußgesetz ist die D. D. P. auf Vorwogen gegangen und Herr v. Karhoff's Reden es geltend zu machen, daß seine Partei über die Unterstützung des Schußgesetzes empört sei. Er betonte, daß es ein Verbrechen der D. D. P. sei, wenn aus der einseitigen gegen rechts gerichteten Veränderung des Gleichnisses gegen rechts und links anzuwenden das schärfste Mittel gegen rechts und links anzuwenden dem Parier hätte. Die Praxis des Staatsgerichtshofes hat ergeben, daß die Anwendung einseitig anzuwenden wird. Wir brauchen nur an einen berühmten Chief des Präzidenten in der Geschichte des Reiches, Bismarck, zu erinnern, in dem er in der Verfassung der Reichsverfassung gegen die Republik in Aussicht stellt, an den Versuch in der Geschichte der Reichsverfassung durch den die Angelegenheiten neben einer einseitigen Ausdehnung trotz noch ein solches von 10 Jahren Erwerb zu erzielen, eine

Passau und Ingolstadt im bayerischen Landtag

München, 12. Dezember.
Im Staatsratssaal des Landtages erklärte der Ministerpräsident, daß keine bayerische Behörde sich in Ingolstadt und Passau der Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages schuldig gemacht habe. Die bayerische Regierung sei daher nicht in der Lage gewesen, die verhängten Schmelzungen auszuführen.
Die Regierung bedauere und verurteile die Vorkommnisse, die ein schweres Unrecht darstellen, werde für strenge Wahrung der Täter sorgen und sei bereit, den Mitgliedern der Kommission den ersten Schaden zu ersetzen.
Die Regierung warne vor Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse, für die der Boden die Erfüllung des durch den Friedensvertrag entfallenden in dieser Note befindlichen bayerischen Volkes sei.

Der Minister verwies auf das Verhalten der alliierten Regierungen gegenüber den zahlreichen Klagen der deutschen Regierung über schwere Entsetzungen und Übergriffe der Besatzungstruppen. Gegen etwaige Kontributionsforderungen in der besetzten Palz legte die Regierung schärfste Verwarnung ein. Ihren Standpunkt habe die Reichsregierung gewahrt und sich zu weiteren Zugeständnissen nur

durch die Sorge um die Brüder im besetzten Gebiet beunruhigt gefühlt.

In aller Kürze

Die preussische Regierung hatte den Vorschlag gemacht, daß das Umlagegetriebe teils mit Geld, teils mit Stid-forderungen bezahlt werden sollte, um auf diese Weise die landwirtschaftliche Erzeugung zu helfen, der Reichstag hat diesen Vorschlag mit 46 gegen 17 Stimmen abgelehnt.
Im Reichstag gab Reichsministerpräsident Brüder für die neue Regierung die Erklärung ab, daß sie die nachdrückliche Rat der deutschen Presse und die daraus entstehenden schweren Gefahren nicht verkenne und alles tun wolle, um ihr entgegenzuwirken. Solche Erklärungen haben wir schon oft gehört.
Bei den Gemeinderatswahlen in Stuttgart verloren die Sozialdemokraten und die Demokraten je vier Mandate; die Deutsche Volkspartei gewann vier Mandate und die Deutschnationalen und Kommunisten je zwei Mandate.

Der Delegierte des Königs des Schwes, der an der Spitze einer arabischen Delegation in London angekommen ist, hat Lord Curzon ein Memorandum überreicht, in welchem die Errichtung eines ganz unabhängigen arabischen Königreiches gefordert wird.

Dollar: 8450 nach 8500

